

Politik will mangelhafte Impfstoffversorgung bekämpfen

Berlin, 03.02.2014, 05:00 Uhr

GDN - Angesichts der anhaltenden Lieferausfälle bei mehreren wichtigen Impfungen in Deutschland haben Politiker der Regierungsparteien eine Reform des bisherigen Systems bei der Impfstoffversorgung gefordert. "Lang anhaltende Lieferausfälle bei Impfstoffen sind schwer akzeptabel, Deutschland ist keine Bananenrepublik", sagte Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU der "Welt".

Die Politik habe das Problem aber erkannt: "Wir arbeiten bereits an Lösungen." Zur Disposition steht dabei offenbar auch die bisherige Praxis, bei der Impfstoffversorgung Exklusivverträge zwischen Krankenkassen und einzelnen Herstellern abzuschließen. Ärzteverbände, aber auch die Pharmafirmen selbst kritisieren dieses System seit langem, weil dadurch zunehmend Anbieter aus dem Markt gedrängt würden. Denkbar sei unter anderem, die Impfstoffversorgung künftig über ein Ausschreibungsverfahren so zu organisieren, dass mehrere Hersteller gleichzeitig zum Zug kommen würden, sagte Spahn. "Wir müssen wegkommen von den bisherigen Exklusivverträgen, bei denen ein Hersteller einseitig bevorzugt wird. Das bisherige Verfahren befördert die Monopolisierung auf dem Impfstoffmarkt und macht das ohnehin fragile System deutlich störanfälliger - die häufigen Lieferengpässe und die aktuellen Ausfälle sind dafür der beste Beleg." Auch bei der SPD ist man offen für Reformen, sieht dabei allerdings eher die Hersteller und Kassen am Zug. "Ich bin dafür, dass den Vertragspartnern zu überlassen. Denkbar wäre etwa eine vertragliche Regelung über alternative Bezugsquellen für den Fall, dass der Hersteller nicht liefern kann oder auch eine Verpflichtung, Rabattverträge über Impfstoffe immer mit mehreren Herstellern abzuschließen", sagte SPD-Gesundheitsexpertin Hilde Mattheis der "Welt". Die Debatte über die Impfstoffversorgung in Deutschland hat sich verschärft, nachdem der Pharmakonzern GlaxoSmithKline (GSK) in der vergangenen Woche erneut Lieferschwierigkeiten bei einigen seiner Impfstoffe melden musste. Betroffen ist neben den Vakzinen gegen Masern, Mumps, Röteln und Windpocken (MMRV), wo es seit Wochen Herstellungsprobleme gibt, auch ein Kombinationsimpfstoff gegen Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten und Polio, bei dem es aufgrund weltweit erhöhter Nachfrage bereits im Februar zu Lieferschwierigkeiten kommen könnte. Tropeninstitute berichten zudem von Engpässen bei der Versorgung mit Gelbfieber-Impfungen. Auch Vakzine gegen Tollwut und Typhus anderer Hersteller waren in den vergangenen Monaten mitunter nicht verfügbar. Trotz der Lieferausfälle sieht das Bundesgesundheitsministerium "keinen Grund für Verunsicherung oder für Panik". Die Ausfälle bei GlaxoSmithKline könnten durch Alternativimpfstoffe von anderen Herstellern ausgeglichen werden, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Unterdessen forderte auch die Opposition die Regierung zum Handeln auf. "Die Ursachen für die Lieferengpässe bei Impfstoffen sind vielfältig, deshalb kann es hier keine einfachen Lösungen geben. Allerdings ist die Bundesregierung jetzt gefordert, gemeinsam mit Herstellern und Krankenkassen zügig Maßnahmen festzulegen, damit die Impfstoffversorgung in Deutschland dauerhaft gesichert ist", sagte die gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Kordula Schulz-Asche. Das Argument der Hersteller, dass vor allem die Preisregulierung auf dem Impfstoffmarkt die Produktion erschwere, sei für sie nicht nachvollziehbar. "Rabattverträge mit garantierten Abnahmemengen können wohl kaum die Ursache dafür sein, warum es mit einzelnen Lieferungen hapert. Ich sehe jedenfalls nicht, worin darin der Schaden für die Unternehmen liegen soll."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29466/politik-will-mangelhafte-impfstoffversorgung-bekaempfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619